

Liebe Mitstreiter*innen, liebe CDU-Mitglieder auf dem Weg zur Regionalkonferenz,

ich bin Carmen Schaper von kargah e.V. Für alle, die kargah nicht kennen: wir sind ein transkulturelles Zentrum, das von Geflüchteten und Migrant*innen gegründet wurde. Wir bieten Beratung für Geflüchtete und Migrant*innen, aber auch Beratung für geflüchtete Frauen und Migrantinnen, die häusliche Gewalt erfahren oder erfahren haben und zahlreiche Kultur-, Bildungs- und Begegnungsangebote.

Warum wir hier stehen, liebe CDU-Mitglieder? Um Sie aufzufordern, sich v.a. einen Punkt im Entwurf Ihres Grundsatzprogramms genauer anzusehen und zu durchdenken und in der Regionalkonferenz und Ihrer Mitgliederbefragung deutlich zu machen, dass Sie ihm nicht zustimmen: es geht um das so genannte Ruanda-Modell, das gerade in der englischen Version das Oberste britische Gericht für rechtswidrig erklärt hat.

Ganz richtig wird im Entwurf Ihres Grundsatzprogramms festgestellt, dass das europäische Asylrecht im Moment vielfach auf dem Recht des Stärkeren beruht, weil viele es gar nicht schaffen, auf den gefährlichen Wegen nach Europa zu kommen. Anstatt aber als Konsequenz humanitäre Visa für Asylsuchende direkt aus den Herkunftsländern vorzuschlagen oder zumindest ein Ende der Kriminalisierung der Seenotrettung, ist Ihre Konsequenz die komplette Auslagerung von Asylverfahren in so genannte sichere Drittstaaten, also das Ruanda-Modell, auch wenn Sie hierfür noch keinen Staat gefunden haben, der zu einem Vertrag bereit wäre. Auch im Fall eines positiv ausgehenden Asylverfahrens sollen in dem vorgeschlagenen Modell die Menschen in dem Drittland bleiben und dort ein Aufenthaltsrecht bekommen. Nur ein besonders ausgewähltes Kontingent von besonders schutzbedürftigen und integrationswilligen und -fähigen Menschen soll eine Chance haben, in einen Verteilmechanismus aufnahmewilliger EU-Länder zu kommen.

Was uns die Autor*innen des Entwurfs des Grundsatzprogramms schuldig bleiben, ist die Antwort auf die Frage, warum ausgerechnet das wirtschaftlich so starke Europa, das zudem – auch das steht im Entwurf des Grundsatzprogramms – Fachkräfte aus dem Ausland benötigt – keine

Asylsuchenden mehr aufnehmen sollte. Zur Erinnerung: 57 % aller Geflüchteten sind nach wie vor Binnenvertriebene, bleiben also in ihren Herkunftsländern. Und die größten Aufnahmeländer waren Mitte 2023 die Türkei und der Iran – und das, obwohl wir gerade einen bewaffneten Konflikt mit vielen Geflüchteten in Europa haben. 9 von 10 Geflüchteten leben weltweit in Ländern mit niedrigen bis mittleren Einkommen, 83 % der kürzlich stattgefundenen internen Vertreibungen, also im eigenen Land, betrafen Sub-Sahara-Afrika. Und da reicht es der EU nicht, ein tödliches Grenzregime aufzubauen, Geflüchtete nach derzeitigem Plan massenhaft zu inhaftieren, sondern die gesamten Asylverfahren und die dauerhafte Aufnahme Asylberechtigter sollen bitte Drittstaaten für uns übernehmen?

Ich zitiere aus dem Entwurf Ihres Grundsatzprogramms: „Das Grundsatzprogramm steht und fällt mit dem christlichen Menschenbild. [...] Wir gehen immer vom einzelnen Menschen aus, nie vom Kollektiv, nie von oben herab.“

Mir scheint, dieses Menschenbild gilt aber – wenn überhaupt – nur für Deutsche ohne Migrationsgeschichte, nicht für Geflüchtete und vermutlich auch nicht für Ihre Verhandlungspartner*innen in Drittstaaten. Denn zustande kommen würde Ihr Modell wohl – wenn überhaupt - nur in einem Deal mit Staaten in großer Abhängigkeit zu uns und vermutlich mit Gegenleistungen in Form von Entwicklungszusammenarbeit oder wirtschaftlichen Investitionen. Das ist – wie wir es seit Jahrzehnten bei Migrationsabkommen beobachten müssen – eine neokolonialistische Methode nicht ganz freiwilliger Abkommen, die im Übrigen vielfach auch mit Diktatoren und korrupten Regimen getroffen wurden. Nicht von oben herab? Im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention? Schwer vorstellbar.

Liebe CDU-Mitglieder, selbst wenn Sie auf neue Geflüchtete verzichten möchten – auch als mögliche Wähler*innen in einigen Jahren und aktive Engagierte für unsere Gesellschaft wie in unserem Verein: bitte überlegen Sie vor Ihrer Abstimmung zum Grundsatzprogramm auch, wie ein solches Modell ausgelagerter Asylverfahren und Aufnahme nächstes Jahr wirkt, womöglich zwischen Trump auf der einen, Putin auf der anderen Seite und vielen weiteren

nationalistischen Autokraten drumherum. Stärkt es die Glaubwürdigkeit Europas? Überzeugt es andere Politiker*innen weltweit, dass Rechtsstaatlichkeit und Multilateralismus eine Zukunft haben und der richtige Weg sind?

Ich glaube in vielen Bereichen sind wir gerade in einer entscheidenden Zeit dafür, wie die Welt, die wir unseren Kindern hinterlassen, aussehen wird. Wenn Sie dieses Modell der organisierten Verantwortungsauslagerung umsetzen, wird das die unheilvollen Entwicklungen, die im Gange sind, der Herrschaft des Rechts des Stärkeren statt der Rechtsstaatlichkeit, des America, Russia, Europe first sicher beschleunigen. Und ein Land, das uns in diesem Fall Asyl gewähren würde, dürfte dann wohl gar nicht mehr zu finden sein.

Sie schreiben an anderer Stelle im Entwurf Ihres Grundsatzprogramms: „Wir kämpfen gegen Gleichgültigkeit, Geschichtsvergessenheit und Relativismus.“ Ich darf Sie daran erinnern, dass die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention Lehren aus der Shoah und dem 2. Weltkrieg waren. Also bitte schützen und verteidigen Sie unsere internationalen Abkommen wie unsere Verfassung, streichen Sie das Ruanda-Modell aus Ihrem Grundsatzprogramm und hören Sie auf – und das sagen wir übrigens genauso auch allen momentanen Regierungsparteien – im Versuch, AfD-Wähler*innen für sich zurückzugewinnen, sich in Wort und Tat der AfD anzubiedern und anzugleichen. Rechtsstaatlichkeit kann man nur mit Rechtsstaatlichkeit verteidigen!

Vielen Dank.